Editorial

21 Tote klagen an

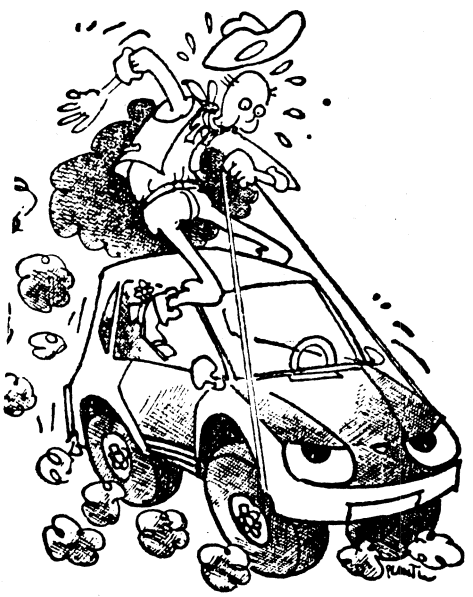
Es ist nicht üblich in *forum,* über Verkehrsunfälle zu berichten. Es ist auch nicht üblich bei *forum*, mit Sensationsmeldungen die Auflage in die Höhe schrauben zu wollen. Andere Presseorgane, vor allem der gesprochenen Art, ergötzen sich an solchen Themen ja täglich ... und indem sie Fälle von Geschwindigkeitsexzessen lang und breit beschreiben, stellen sie - ungewollt - diese Fahrer als "tolle Kerle" hin, während die durch dieses Fehlverhalten heraufbeschworenen Gefahren und die riskierte Strafe in der Berichterstattung untergehen.

Wenn aber innerhalb von sieben Wochen auf den knapp 5140 km Straßen des Landes 21 Menschen in Verkehrsunfällen ihr meist junges Leben verlieren, ist das keine Frage mehr, die nur in die Lokalpresse gehört, sondern eine gesellschaftspolitisches Problem. Und dazu hat die *forum*-Redaktion etwas zu sagen.

Die wirtschaftlichen Folgekosten, die unsere Gesellschaft insgesamt zu tragen hat, sollen heute aus unseren Überlegungen ausgeklammert bleiben. Doch der Hilflosigkeit, mit der Politiker hierzulande den Verkehrstoten nachtrauern, können wir nicht mehr zuschauen. Sensibilisierungskampagnen haben bisher nur erreicht, daß im Jahresdurchschnitt die Zahl der Verkehrsopfer trotz steigender Autozahl in absoluten Zahlen einigermaßen konstant bleibt. Sie bleibt auf die Länge des Verkehrsnetzes bezogen eine der höchsten der Welt. Kann man sich damit begnügen?

Es ist bekannt, daß die meisten Toten Opfer erstens übertriebener Geschwindigkeit und zweitens des Alkoholkonsums des Fahrers sind. Diese Delikte, für die die Schuldigen ja wohl auch gerichtlich bestraft werden, dürfen nicht weiterhin nur als individuelle Fehler betrachtet werden, an denen sich nichts ändern läßt.

Es ist bekannt, daß die meisten schweren Unfälle am Wochenende geschehen (11 der Sommer-Toten starben an einem Freitag, Samstag oder Sonntag) und vor allem junge Fahrer darin verwickelt sind (obschon die Zahl der älteren Opfer zunimmt). Es ist auch bekannt, daß bei uns die Fahrneulinge viel stärkere Wagen steuern als im Ausland. Junge Automobilisten haben nämlich im Ausland, auch in Westeuropa, normalerweise nicht das Taschengeld, um sich PS-starke Boliden zu kaufen. Im reichen Luxemburg ist das anders. Sogar in der unteren Mittelschicht finden die Eltern es bei uns normal, daß Sohn und Tochter mit 18 Jahren einen GTI geschenkt bekommen bzw. sich mit dem ersten selbst verdienten Geld einen solchen kaufen. Auch die schreckliche Unfallbilanz ist also Kind der Wohlstandsgesellschaft.



Plantu in: Le Monde

Gegen beide genannten Ursachen gibt es aber Gegenmittel. Der Leitartikler im *tageblatt* vom 13. 8. 1996 schlägt vor, genau wie beim Motorradführerschein, die Motorleistung des Wagens nach Erfahrung und Praxis des Führerscheininhabers zu staffeln. Gegen eine solche Regelung sprechen nur die Absatzerwartungen der Automobilbranche. Was ist uns wichtiger? (Warum werden bei der technischen Kontrolle überhaupt Fahrzeuge zugelassen, die schneller fahren können als erlaubt?)

Schon lange im Gespräch ist auch der Punkteführerschein. Nur der Wirtschaftsminister sträubt sich dagegen mit dem haarsträubenden Argument, dadurch könnten Berufsfahrer ihr Einkommen verlieren. Was ist uns wichtiger?

Leicht wäre es auch, den Polizeikräften Anweisung zu geben, vor Wein-, Wald- und Wiesenfesten, Sylvesterpartys und Diskotheken regelmäßig und systematisch Kontrollen durchzuführen. Das muß ja nicht auf die repressive und autoritäre Tour geschehen; es genügt ja, fahruntüchtigen Autobesitzern für eine Nacht die Schlüssel zu beschlagnahmen. Dagegen werden allerdings die Horesca und die Wein-, Wald- und Wiesenfestorganisatoren Sturm laufen, da sie um sinkende Absätze befürchten. Was ist uns wichtiger? (Warum werden Festorganisatoren nicht verpflichtet, einen Busdienst für die Heimfahrt zu organisieren?)

Die Nennung der wahrscheinlichen Gegner wirksamer Maßnahmen zugunsten von mehr Sicherheit im Straßenverkehr ist entlarvend. Die verantwortlichen Politiker nehmen offenbar größere Rücksicht auf die Interessen der Automobilverkäufer, Wein-, Bier und Schnapsverkäufer und Berufsfahrer als auf den Schutz von Menschenleben. Die Garantie erträglicher Gewinne im Automobilhandel, im Gaststättenwesen und in der Wein- und Bierproduktion ist ihnen Politikerpflicht. Der Schutz menschlichen Lebens - und es geht ja nicht nur um dasjenige der Autorowdies selbst - ist ihnen nur eine Sensibilisierungskampagne wert.

Das ist der eigentliche Skandal mit den 21 Toten, die vom 2. Juli bis 22. August auf Luxemburgs Straßen gezählt wurden. Und die Zahlen sind durchaus provisorisch.

Daß die Sensibilisierungskampagnen und Verkehrskontrollen keine größere Wirksamkeit erzielen, hängt allerdings auch am Verhalten der Ordnungskräfte, deren Überraschungskontrollen viel zu häufig als ungerechtfertigte oder zumindest nicht nachvollziehbare Schikanen empfunden werden müssen und daher wenig zu einem Mentalitätswandel beitragen, ja ein oppositionelles Verhalten vor allem jugendlicher Fahrer geradezu provozieren. Mündige Bürger möchten verstehen, warum sie kontrolliert werden, warum an jener Stelle Tempo 50 vorgeschrieben ist, warum dort trotz Übersichtlichkeit ein Überholverbot besteht, warum trotz Ende der Baustelle die Verkehrsbeschränkungen weiterhin

gelten usw. Statt als 'Freund und Helfer', der um unser aller Sicherheit auch auf den Straßen bemüht ist, wird der im Versteck zur Geschwindigkeitskontrolle wartende Polizist hierzulande immer noch als *'Housécker'* erlebt, dessen Absicht es ist, möglichst viele Autofahrer zur Kasse zu beten, während er an echten Gefahrenpunkten durch Abwesenheit glänzt.

Angesichts der dicken Brieftaschen vieler, selbst junger Luxemburger darf man sich auch fragen, ob Geldstrafen noch ihre Abschreckungskraft haben, ob Wochenenddienst in einem Rehabilitationszentrum für Unfallopfer zumindest für Wiederholungstäter nicht wirksamer wäre. Im selben Sinn wäre der Punkteführerschein sicher auch zu begrüßen.

In Belgien tendiert dank strenger und systematischer Alkoholkontrollen an den Wochenenden und in den Abendstunden die Zahl der durch Alkoholkonsum bedingten Unfälle gegen null! Da im August Leitartikler in *tageblatt* (13.8. und 20.8.1996), *Revue* (21.8.1996) und - wenn auch etwas zaghafter - im *Luxemburger Wort* (17.8.1996) sich gegen das Morden auf unsern Straßen aufgebäumt haben, und da wir ihnen nicht unterstellen möchten, ihr Aufschrei sei wohl nach dem Sommerloch vergessen, dürfte den verantwortungsbewußten Politikern, die zu wirksameren Maßnahmen greifen wollen, die eventuell bei Teilen der Bevölkerung zunächst unpopulär sein mögen, der Unterstützung dieser Massenmedien und sicher der großen Mehrheit unserer Gesellschaft sicher sein.

Die *forum*-Redaktion